

Kommunale Handlungsstrategien in Brandenburger Kommunen im Vergleich

von Robin Kendon

In diesem Kapitel, dem die Arbeitserfahrungen der Mobilen Beratungsteams in Brandenburg zu Grunde liegen, geht es um die Strategiefrage. Die Notwendigkeit, Strategien zu entwickeln wird dargelegt. Im Anschluß daran wird ein idealtypisches (Orientierungs-) Modell vorgestellt, um an Hand dessen kommunale Ansätze zu betrachten und ein kurzes Fazit zu ziehen. Der Begriff „Kommune“ bedeutet übrigens hier die gesamte Gesellschaft eines Orte oder einer Region, nicht nur die Verwaltung beziehungsweise die kommunalpolitischen Gremien.

Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus: vom Aktionismus zur Strategie

Die meisten kommunalen Aktivitäten gegen den Rechtsextremismus beginnen als Reaktion auf einen Vorfall oder ein Ereignis: Eine ausländische Imbissbude wird angezündet, alternative Jugendliche werden zusammengeschlagen, Rechtsextreme melden eine Demonstration im Ort an. Eine Positionierung ist gefordert, konkrete Unterstützung für die Opfer wird nötig, Zeichen müssen gesetzt werden. Zum Glück kommt immer seltener das Reaktionsmuster „Wegschauen“ zum Tragen.

Bei diesen ersten Reaktionen kann von einer Strategie gegen den Rechtsextremismus noch keine Rede sein – aber was könnte der Begriff in diesem Kontext bedeuten? Der aus dem Griechischen stammende, ursprünglich militärische Begriff ‚Strategie‘ ist nach Carl Clausewitz, dem preußischen Theoretiker der Kriegskunst, der „große Plan über allem“.

Im Unterschied zur Taktik bezieht sich die Strategie im Allgemeinen auf ein übergeordnetes Ziel. Strategisches Handeln ist langfristig angelegt, taktisches Handeln dagegen mittelfristig.

Nach den ersten kurzfristigen, bestenfalls „operativen“ Reaktionen auf ein rechtsextremes „Ereignis“ entwickeln sich – soweit das „Ereignis“ kein Einzelfall bleibt – mit der Zeit intensivere Aktivitäten. Bündnisse werden geschmiedet, Aktionspläne entwickelt. Sind das dann Strategien? Braucht man überhaupt eine Strategie?

Warum eine Strategie gegen den Rechtsextremismus?

Tabelle 1 zeigt Beispiele des Rechtsextremismus auf lokaler Ebene in offensive und versteckte Formen unterteilt, wobei diese Unterscheidungen natürlich schematisch ist und die Übergänge fließend sind.

Tabelle 1: Beispiele aktueller Erscheinungsformen des Rechtsextremismus	
Offensive Formen	Versteckte Formen
Gewalt gegen anders Aussehende, Ausländer, „Linke“, Brandanschläge, zum Beispiel auf ausländische Imbissbuden, Schaffung von „Angsträumen“	Bürgernahes politisches Engagement, zum Beispiel Mieteranliegen aufgreifen
Parteipolitisches Engagement der NPD und der DVU, Antritt bei Wahlen usw.	Hausaufgabenhilfe für Schüler, Hilfe bei Hartz-IV-Anträgen
Propagandamaterial: Aufkleber, Flugblätter, Zeitungen/Zeitschriften, Musik-CDs	Familienfeste, gemeinsame Reisen zu rechtsextremen Kultstätten
Demonstrationen, Kundgebungen und Informationsstände, „Heldengedenken“	Engagement bei (Sport-) vereinen, freiwilliger Feuerwehr, Elternvertretungen usw.
Jugendliche vor Schulen und Jugendclubs ansprechen – offen	Jugendliche vor Schulen und Jugendclubs ansprechen – verdeckt
Internet als Kommunikations- und Propagandamittel	Pflege von Grab- und Kriegsdenkmälern

Diese Beispiele sollen die Vielfalt der rechtsextremen Erscheinungsformen verdeutlichen – das Bild der kurzhaarigen Schlägertypen reicht als Beschreibung nicht mehr aus. Man darf sich nicht durch anscheinend zufällige „Ereignisse“ täuschen lassen. Hinter den verschiedenen Erscheinungsformen steht eine Strategie. Ein bekanntes rechtsextremes Strategiemodell, das so genannte 3-Säulen-Modell, definiert den „Kampf um die Köpfe“, den „Kampf um die Räume“ und den „Kampf um die Parlamente“. Es dürfte einleuchten, dass als Antwort darauf ebenfalls nur eine Strategie Aussicht auf Erfolg haben kann. Und das bedeutet: langfristig angelegtes, geplantes, koordiniertes und integriertes Handeln. Kommunale Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus müssen sich genauso auf die Köpfe, die Räume und die Parlamente auswirken, und dies ausdauernd und nachhaltig. Sie sollten sich zudem neben der Bekämpfung des Rechtsextremismus gleichrangig die Förderung demokratischer Grundwerte zum Ziel machen.

Ein kommunales Strategiemodell

Das in Tabelle 2 vorgestellte Modell ist idealtypisch und als Orientierung zu verstehen. Es wird fast nie vorkommen, dass eine Strategie an Hand dieses Modells „von oben bis unten“ entwickelt wird, denn eine Kommune ist keine Militäreinheit. Nach ersten Reaktionen auf „Ereignisse“ werden zunehmend demokratische Aktivitäten entwickelt, die eigene Akzente setzen. Die logische Fortsetzung dieser Entwicklung ist das Entstehen einer strategischen Denkweise. Ebenfalls bedarf es einer permanenten Aktualisierung der Problembeschreibung sowie der entsprechenden Handlungsoptionen.

Grundsätze	Eigene demokratische Grundwerte. Rechtsextremismus definieren und beschreiben	Sicheren Ausgangspunkt schaffen
Wahrnehmung	Sensibilisierung	
	Problem beschreiben	Gemeinsam erstellte Beschreibung trägt mehr Gewicht
Leitziele formulieren	Beispiele:	Demokratie fördern, Rechtsextremismus eindämmen
Handlungsoptionen	Handlungsfelder benennen	Diese sollten der Problembeschreibung entsprechen, siehe zum Beispiel Tabelle 1
	Ziele formulieren	den Handlungsfeldern entsprechend
Maßnahmen und Aktivitäten		Finanzielle und andere Ressourcen müssen mobilisiert werden
Umsetzung		Gleichzeitig fortlaufend: Wahrnehmung, Beschreibung, Handlungsoptionen (weiter)entwickeln, Maßnahmen
Auswertung		Führt in den Kreislauf zurück

Strategische Ansätze in Brandenburger Kommunen: Fürstenwalde

Die Stadt Fürstenwalde ist seit Anfang der 1990er Jahre mit dem Rechtsextremismus konfrontiert und hat somit alle Entwicklungen des Rechtsextremismus seit 1990 erlebt. Mittlerweile wurden mehrere Ansätze entwickelt, um darauf zu reagieren.

Als Antwort auf die rechtsextreme Unterwanderung der Jugendszenen in der Stadt wurde ein zweigleisiger Ansatz gewählt: Förderung nicht rechtsextremer Jugendkulturen und Streetwork mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen, das entspricht den in Tabelle 2 genannten Leitzielen.

Unter anderem als Reaktion auf die Aktivitäten und Erfolge (beispielsweise bei der Kommunalwahl 1998) der NPD wurde die Plattform gegen Rechts gegründet. Sie bringt zivilgesellschaftliche Kräfte zusammen und bezieht auch die demokratischen politischen Parteien auf Kommunalebene ein. Parallel dazu wurde die – an die Stadtverwaltung angeschlossene – Arbeitsgruppe für gemeindliche Zusammenarbeit gebildet, die Institutionen und Einrichtungen, wie Schulen, Unternehmer, Ämter, zusammenbrachte zum Thema Umgang mit dem Rechtsextremismus. Um die Jugendsozialarbeit auf dem Gebiet Rechtsextremismus fachlich zu stärken, wurde der „Profi-Arbeitskreis“ gegründet. Bei allen drei Gremien war ein Ziel die Schaffung reaktionsfähiger Strukturen, die sich regelmäßig über Entwicklungen des Rechtsextremismus informieren, darüber diskutieren und Handlungsansätze entwerfen können. Selbstverständlich haben sich auch diese Gremien weiterentwickelt, das Arbeitsprinzip ist weitgehend erhalten geblieben.

Im Laufe der Jahre hat es in Fürstenwalde eine Vielzahl an Aktivitäten gegen den Rechtsextremismus sowie zur Förderung von Toleranz und Demokratie gegeben. Außerdem wurden Arbeitsweisen entwickelt, beispielsweise im Bereich der Kommunikation und der Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft, Verwaltung, freien Trägern (vor allem in der Jugendarbeit) und der Polizei, die eine Vernetzung ohne festes Netzwerk darstellen und ein schnelles Reagieren auf „Ereignisse“ ermöglichen. Ad hoc werden lösungsorientierte Besprechungen einberufen, zum Beispiel um Reaktionen auf eine Zunahme rechtsextremer Präsenz und Gewalt im Bahnhofsbereich zu vereinbaren.

Das Netzwerk für Toleranz und Integration Märkisch-Oderland

Im Gegensatz zu Fürstenwalde war der Landkreis Märkisch-Oderland, abgesehen von einzelnen Schwerpunkten, nicht massiv mit dem (politischen) Rechtsextremismus konfrontiert. Dennoch kam es Mai 2000 zur Gründung einer

kreisweiten zivilgesellschaftlich geprägten Struktur, die die Themenbereiche Rechtsextremismus und Demokratieförderung bearbeitet. Ein nicht veröffentlichtes Diskussionspapier aus dem Jahr 2006 beschreibt das Bündnis als „ein bürgerschaftlich orientiertes, kreisweites Netzwerk mit mehr als 40 Mitgliedern aus einer Vielzahl gesellschaftlicher Bereiche, die sich für die weitere demokratische Entwicklung in Märkisch-Oderland engagieren.“ Seine Arbeitsweise lässt sich durch die Stichworte kennzeichnen:

- Koordination und Vernetzung;
- regelmäßige Netzwerktreffen mit inhaltlicher Ausrichtung;
- Projekte;
- Fortbildung, Information, Ausstellungen, Veranstaltungen, Fachtage;
- Moderation und Mediation;
- Analyse und Öffentlichkeitsarbeit zu den im Netzwerk behandelten Themen.

Ausgewählte Ziele des Netzwerks verdeutlichen, wie das NTI auch die Themenfelder des modernen Rechtsextremismus im Blickfeld hat:

- Beförderung der Werte unserer demokratisch verfassten Gesellschaft;
- Abbau von Rechtsextremismus und Gewaltbereitschaft;
- Perspektivbildung mit und für junge Menschen insbesondere in den strukturschwachen Regionen des Landkreises;
- Beförderung der Wertigkeit der Integration von Zuwanderern in unsere Gesellschaft.

Eine Musterstadt – in der es nicht so gut läuft

Links-alternative junge Menschen erleben immer häufiger, dass sie von rechts-extrem orientierten Jugendlichen angepöbelt und angegriffen werden. Bestimmte Orte in der Stadt sind zu bestimmten Zeiten gefährlich. Der einzige Jugendclub in der Stadt hat den Ruf, ein rechter Treff zu sein, was vom Träger vehement zurückgewiesen wird. Als Reaktion auf ihr Leiden ziehen sich die alternativen Jugendlichen zum Selbstschutz eher zurück, es werden dafür Aufkleber verklebt, Graffiti gesprüht wie „Nazis raus“ usw. Für die Kommunalpolitik wird das Problem mehrheitlich als Auseinandersetzung zwischen linken und rechten Jugendlichen gesehen, die Graffiti und Aufkleber als zu bekämpfendes Ordnungsproblem. Als 2005 einzelne Wahlkampf-CDs der NPD in der Oberschule unter den Schülern herumgereicht werden, wird gesagt, das sind keine Schüler aus unserer Stadt, die kommen von außerhalb. An dieser Schule gibt es eine problembewusste Lehrerin, die Projekte zum Thema Ausländer durchführt, sie steht aber damit ziemlich allein da.

Die Frustration der alternativen Jugendlichen führt zur Bildung einer lokalen Antifa-Gruppe, die sich Material und Unterstützung aus Berlin holt. Der Ton wird schärfer. Die Spitze der Kommunalverwaltung wird verbal angegriffen, diese verstärkt wiederum die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verwaltung im Präventionsrat, um für Ordnung zu sorgen. In kirchlichen Kreisen kommt eine kleine Gruppe Erwachsener zusammen – einige sind Eltern alternativer Jugendlicher. Diese Gruppe bemüht sich, die politische Dimension des Problems in die kommunale Diskussion hineinzutragen, ihr fehlen aber die Argumente gegen die polizeiliche Kriminalstatistik – nur wenige Vorfälle kommen zur Anzeige. Die Leiterin der Bibliothek organisiert Lesungen auch zum Thema Holocaust, die Teilnehmer kommen überwiegend aus bürgerlichen Kreisen ab 50 Jahren.

Die wenigen Engagierten sind nicht vernetzt. Das kommunale Bewusstsein für das Thema Rechtsextremismus wird nicht erhöht, weil wichtige Schlüsselpersonen nicht erreicht werden und keine gemeinsame Beschreibung der Situation entwickelt wird. Und ob zum Beispiel die NPD in der freiwilligen Feuerwehr oder im Fußballverein versteckt arbeitet, kann keiner sagen. Die Aktivitäten der Einzelnen zeigen damit kaum eine Wirkung gegen den Rechtsextremismus, von Nachhaltigkeit kann keine Rede sein.

Fazit

Brandenburger Kommunen haben eine große Vielfalt an Aktivitäten gegen den Rechtsextremismus sowie zur Förderung von Demokratie und Toleranz entwickelt. Inwiefern man hierbei von effektiven Maßnahmen oder gar von „Strategien“ reden kann, bedarf einer tiefer gehenden Analyse. Es muss daher dem Leser oder der Leserin überlassen werden, über die Aktivitäten des eigenen Ortes zu reflektieren und eventuelle strategische Schlussfolgerungen zu ziehen.

Literatur

Jesse, Eckhard: Der Umgang mit parteipolitischem Rechtsextremismus, Sankt Augustin, 2005.

Jugendamt des Landkreises Ostprignitz-Ruppin (Hg.): Neue Erscheinungsformen und Strategien der Rechtsextremen und Auswirkungen auf die Kommunalpolitik. Dokumentation des Fachtages, Neuruppin 2004.

Schroedter, Elisabeth (Hg.): Kommunale Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus, Berlin 2006.

-
- SPD-Parteivorstand (Hg.): Für eine starke Demokratie – Wirksam handeln gegen rechts! Handlungs- und Aktionsstrategien. Analysen, Berlin 2005.
- Hülsemann, Wolfram/Kohlstruck, Michael (Hg.): Mobiles Beratungsteam. Einblicke. Ein Werkstattbuch, Potsdam 2004.